

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassentonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Otrau, Porchdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Rohrlapp

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaaltene 35 mm breite Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 81

Bad Schandau, Mittwoch, den 6. April 1927

71. Jahrgang

Rußland und die chinesische Sphinx

Von F. Morfich.

Rußland liegt dem Fernen Osten nahe genug, um viel stärker als wir den Pulsschlag des erwachenden Asiens zu spüren; es sieht, daß dort etwas im Werden begriffen ist, von dem es sich selbst bedroht glaubt. Rußland prägte daher das Schlagwort vom „Bund des Proletariats des Westens mit den unterdrückten Völkern des Ostens“. Das Wort fand auch Widerhall. Doch welches Maß von Einfluß übt tatsächlich Sowjet-Rußland auf die chinesische Entwicklung aus? — Der Sowjet-Agitator unterstützte die Bildung von Gewerkschaften, und die Organisation der größten politischen Partei, der Kuomin-tang, prägte Schlagworte für die Massen, half Streiks leiten und Bürgerkrieg führen. Nicht genug: In Moskau finden wir bereits eine Universität, auf deren Front in riesigen Lettern geschrieben steht „Universität der chinesischen Arbeiter, Sun-Yat-Sen.“ Wenn wir aber hören, wie die Chinesen kopfschüttelnd den Ausführungen Nadeks, der gegenwärtig die Leitung dieses Instituts in Händen hat, folgen, und wenn wir uns vorstellen, wie seit langem der Hof, der die Einrichtungen und Gedanken Europas studierte, schweigend und ewig freundlich lächelnd, so werden wir begreifen, daß mit der Absorbierung dieser Universität noch lange keine Volkswirtschaft vom reinsten Wasser gemacht worden sind. Die jungen Chinesen-Arbeiter sind übrigens recht wenig, hauptsächlich ist die intellektuelle Schicht vertreten — nehmen von dieser Universität mit, was sie irgendwie gebrauchen können, mehr nicht, — kein Evangelium, wie von gewisser Seite behauptet wird. Und dann: Die Leitung des erwachenden China liegt ganz in den Händen der Gelehrten, der Intellektuellen, daher spielt der Student, der Akademiker und nicht der einseitig geschulte Parteibonze oder Agitator die führende Rolle. Der Kampf der Kuomin-tang geht ja an sich gar nicht gegen den Besitz, sie trägt gar keinen Klassencharakter; jeder Chinese kann ihr beitreten; ihre Richtlinien unterscheiden sich beträchtlich von denen der westlichen Sozialisten und Kommunisten. Der große Sun-Yat-Sen wollte die Befreiung Chinas und starb darüber; erfolgreicher war einer seiner Verwandten, ein Shanghai-er Ban-kier, mit einer Schar persönlicher Anhänger des Meisters in Kanton, unterstützt von dem Zufall einer Gelegenheit, die nicht verpaßt wurde.

Wie kam überhaupt der Einfluß der Sowjets zustande? China war längst im Begriff, aus seinem tausendjährigen Schlaf zu erwachen. Zu stark nur fühlte es damals noch die Faust des Europäers im Nacken, als daß es seine Auferstehung gewagt hätte; traurig brach ein schwacher Versuch mit der Wiederherstellung des Vorkriegszustandes zusammen. Erst im Brande des Weltkrieges schwand die Achtung vor dem Europäer, schwoll die Hoffnung auf Freiheit wie allen andern farbigen Völkern Asiens und Afrikas. — Der Bann war gebrochen; China begann sich zu regen. Es fand zwar noch nicht die Kraft, sich ganz aufzurichten; der Leib des Riesen war von Wunden bedeckt, und die Glieder der freien Bewegung entzöhnt, wollten noch nicht den vollen Dienst leisten. Eine Reinigung im eigenen Lande war nötig; der Reinigungsprozeß begann.

China ist vorwiegend Agrarstaat; 80 Prozent aller Bewohner sind Bauern, Pächter, Landarbeiter, der Rest ist im Handel, der noch jungen Industrie tätig oder im Heer der Beamten und Soldaten. Der chinesische Bauer war, durch Steuern ausgeplündert, stets arm, so arm, daß oft im Sommer das Bettzeug und allerlei Hausgerät, im Winter das Ackergerät ins Pfandhaus wanderten; dazu kam, daß in den letzten Jahren die Rekrutierungsplage der Heere, die mit der Mäuberplage Hand in Hand ging, die ländliche Bevölkerung heimlich, ihr Vieh und Getreide nahm, ohne ihr dafür Entschädigung zu bieten. Ihr fehlte jeder Schutz. Dann: Grundbesitz galt von altersher in China als die einzig zuverlässige Kapitalanlage; er sammelte sich daher naturgemäß in den Händen von Geldleuten, die ihn in kleinen Parzellen zu wucherhaften Zinsfüßen verpachteten. Die Zahl der sachmännischen Großgrundbesitzer ist verschwindend gering gegenüber dem riesigen Heer der kleinen Bauern, von deren 43,9 Millionen nach einer amtlichen Statistik 23,3 Eigenbesitzer, 11,3 Pächter, 9,2 Halbpächter sind. Wenn auch der chinesische Bauer von einer unglücklichen Bedürfnislosigkeit ist und kein größeres Glück kennt als das Bewahren und Beernten seiner Felder, wenn er sich auch, ohne zu murren, den erbarungslosen Schlägen des Schicksals, das oft mit Dürren und Ueberschwemmungen Millionen von Bauern traf, unterwirft, so bäumt sich doch in ihm der Widerstand gegen eine ungerechte Hand; geheime Seiten frechten ihn an und lenkten ihn in seinen Endzielen gegen die Fremden. Jedoch die Kräfte des Einzelnen reichten bisher nicht aus, sie drängten zum Zusammenschluß. — In diese Kerbe trat geschickt die Propaganda der Sowjet-Agitatoren. Sie wiesen den Weg zur Organisation, die die Gründung des Bauernbundes (1925) in Kanton zur Folge hatte. Dieser Bund schloß sich der ausschlaggebenden Partei Kuomin an, einer nationalsozialistischen Bewegung, die sich zwar sozialistischer Organisationsmethoden bedient, aber durchaus selbständige Ziele verfolgt.

So besteht zwar kein Zweifel, daß die Sowjets bei der Organisation der Bauern und Arbeiter in China als Lehrmeister, — man denke ruhig an die ehemaligen militärischen Instrukteure, — gewirkt haben; sie gaben ihnen organisationsstechnische Erfahrungen; sie erweckten aber keine lebendige Idee. Die starke Bewegung, die von Süden nach Norden geht, wird ganz getragen von der die chinesische Seele durchglühenden Idee der Freiheit, der Freiheit vor fremder Herrschaft und von den diese wohl oder übel unterstützenden eigenmächtigen Mächten im eigenen Lande, die ihre Auswirkungen finden in den riesenhaften Steuern, der wucherhaften Ausbeutung der Kräfte und ihre Verteidigung in dem Widerstande militärischer Autokraten. Hier handelt es sich weder um Weltrevolution noch um Klassenkampf; sondern um ein Ringen um die nationale Entfaltung, unter blutigen Opfern vollzieht sich ein Weg zur Stabilisierung und Macht, einer Macht, die bereits gegenwärtig das unbefieg-

bare England zur Passivität ohne einen Schuß Pulver zu zwingen die Kraft befähigt. — Man hat vielleicht nicht mit Unrecht den Gang des Schicksalsflusses der Welt genannt. Wer kennt von den Europäern das große Geheimnis der asiatischen Seele, das unheimlich unerreichbar ist, unergründlich für uns wie die Augen der Sphinx? Noch stehen die Sowjets beratend in den Reihen der chinesischen Freiheitshämmer; sie dienen dem chinesischen Zweck. Noch dient Rußland China, indem es das Reich der Mitte, wie es sich noch immer stolz nennt, gegen die Fremden, besonders gegen England unterstützt. Sicher wird das künftige chinesische Reich auf ganz moderner Grundlage beruhen, aber es wird nicht restlos mit den tief verankerten

Ueberlieferungen der Vergangenheit brechen (selbst der Ahnenkult findet seinen Niederschlag in den Richtlinien der Kuomin-tang); es wird kein bolschewistisches Reich sein.

Schändung der Bismarck-Säule.

Hannover. In der Nacht vom 3. zum 4. d. M. ist die Bismarcksäule der Bismarck-Säule mit Farbe beschmierd und beschädigt worden. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Endkampf um den Reichshaushalt

Konkordat, Albanien und China.

Ministerreden im Reichstag.

(306. Sitzung.) CB. Berlin, 5. April.

Anträge der Sozialdemokraten zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungen waren, vom Ausschuss als durch die mittlere ergangenen Beschlüssen für erledigt erklärt worden und wurden in der gestrigen Sitzung abends spät abgelehnt. Dann wurde ein Antrag des Ausschusses, der Bewilligung von 25 Millionen für die Kleinrentnerfürsorge empfiehlt, angenommen, ehe Vertagung eintrat. Heute stand auf der Tagesordnung die dritte Lesung des

Reichshaushalts für 1927.

Abg. Dr. Hülferding (Soz.) meinte, durch zweifelhafte Erklärungen hätten die Deutschnationalen nach ihrem Eintritt in die Regierung Unklarheit in die Politik getragen. Die erste Frucht der neuen Arbeitsgemeinschaft sei eine Subvention von 45 Millionen an Bayern zur Aufrechterhaltung seines aufgebauten Verwaltungsapparates. Seine Fraktion lehne den Etat ab als Protest gegen den Partikularismus. Während die sozialen Ausgaben klar herabgesetzt worden seien, erhöhe man die Lasten der minderbemittelten Bevölkerung durch Steigerung der Agrarzölle.

Abg. Müller-Franken (Soz.) beschwerte sich, daß nicht alle Minister zur Stelle sind, und beantragte Vertagung der Sitzung um eine Stunde, bis alle Minister erschienen seien. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Abg. Torgler (Komm.) erklärte, die Opposition der Sozialdemokraten sei nur eine Scheinopposition und würde es auch in Zukunft bleiben. Mindestens 70 % aller Steuern seien Steuern für die breiten Massen. Die Kommunisten lehnten diesen Etat ab.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) verlangte Klarheit und Durchsichtigkeit des Etats. Er forderte u. a. eine Verkürzung des Provisoriums des Finanzausgleichs auf ein Jahr, damit recht bald in einem endgültigen Finanzausgleich Länder und Gemeinden das Steuerzuschlagsrecht und damit die Selbstverwaltung gegeben werde. Der Redner besprach dann die Ausführungen Dr. Stresemanns zur Konkordatsfrage und gab der Hoffnung Raum, daß beim Reichsschulgesetz sich wieder ein gemeinsamer Boden für die liberalen Parteien finden werde.

Abg. Dr. Vredt (Wirtsch. Vgg.) führte aus, daß der Etat seine Partei mit großer Sorge erfülle, mit besonderer Sorge aber die Erklärung der Regierung, daß die meisten Ausgaben zwangsläufig seien. Die Steuern seien alle zu hoch in den Etat eingestellt. Die Wirtschaftspartei lehne diesen Etat ab. Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.) wies darauf hin, daß man jetzt bereits die Reserven angreifen müsse, um nur den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen.

Damit schloß die allgemeine Aussprache. Es folgte die Einzelberatung der Haushaltspläne. Die Haushaltspläne des Reichspräsidenten und des Reichstages wurden ohne Aussprache genehmigt und ebenso der Haushalt des Reichsministeriums und des Reichsanzlers nach unwesentlicher Debatte.

Der Abg. Stöder (Komm.) beantragte Streichung der Ausgaben für den Völkerverbund. Auf Antrag des Abg. Müller-Franken (Soz.) wird die Sitzung unterbrochen, bis der Reichsaussenminister erschienen ist. Dr. Stresemann erscheint nach kurzer Zeit im Saal.

Abg. Dr. Weisheid (Soz.) stellte fest, daß die Regierungsparteien in der Außenpolitik formal einig seien, wie auch die Sozialdemokratie diese Außenpolitik billige. Sogar der deutsche nationale Justizminister Hergt habe anerkannt, daß die Außenpolitik zwangsläufig sei. Der Redner fragte den Außenminister nach Äußerungen über das Konkordat, ferner nach dem Stande der albanischen Angelegenheit.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

führte u. a. aus: In der Konkordatsfrage bestünde keine Abweichung zwischen dem Außenminister und den Parteiführern. Er habe gegenüber der Forderung einer grundsätzlichen Ablehnung eines Konkordats erklärt, daß es sich hier um eine ganz andere Situation handle, nachdem einzelne Länder Konkordate bereits abgeschlossen hätten oder vorbereiteten. Er hätte gebeten, die Sache leidenschaftslos zu behandeln und die weitere Entwicklung in Preußen abzuwarten. Seine Erklärungen deckten sich mit der feierlichen Erklärung der Reichsregierung.

Dr. Stresemann erklärte weiter, daß er im gegenwärtigen Anacubel über die albanische Frage öffentlich nicht

sprechen könne. Es fanden gegenwärtig Verhandlungen statt über eine Regelung, die die Sicherheit geben solle, daß der Frieden zwischen den beiden beteiligten Mächten nicht gestört werde und daß die albanische Unabhängigkeit selbst gesichert werde. Die Reichsregierung sei über diese Besprechungen unterrichtet. Er sei bereit, im Auswärtigen Ausschuss Auskunft zu geben, soweit dies möglich sei. Dasselbe gelte von der chinesischen Frage. Waffentieferungen nach China im Einverständnis mit der Reichsregierung hätten nicht stattgefunden. Abg. Dietrich-Baden (Dem.) vermißte eine klare Stellungnahme Dr. Stresemanns in der Konkordatsfrage.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann erwiderte, die ganzen Verhandlungen in dieser Frage befänden sich noch im Anfangsstadium der Resortbehandlung. Er sei daher nicht in der Lage, eine verbindende Erklärung dazu abzugeben. Aus seiner persönlichen Auffassung mache er kein Hehl.

Nachdem mit Bayern ein Konkordat abgeschlossen sei und vielleicht auch mit Preußen ein solches zustande käme, sei er der Meinung, daß auch ein Reichskonkordat abgeschlossen werden solle. (Lebhaftes „Hört! hört!“ links.) Es sei jedenfalls wünschenswert, daß über gewisse Rahmenbestimmungen auch das Reich die Entscheidung trafe.

Die Stellungnahme im einzelnen werde davon abhängen, welchen Inhalt diese Abmachungen haben würden.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes wurde erledigt. Es folgte der Haushalt des

Reichsministeriums des Innern.

Abg. Sotmann (Soz.) betonte, daß die Sozialdemokraten für den demokratischen Antrag gegen ein Konkordat stimmen sollten. Der Redner bemängelte die Kürzung der Mittel für kulturelle Zwecke.

Reichsfinanzminister Dr. Kähler wies darauf hin, daß ein in den Einnahmen überfüllter Reichetat kulturelle Fonds ganz anders bedenken könnte und müßte. Die Länder müßten sich mehr der Kulturfrage annehmen. Der Minister teilte mit, daß für das Hygienemuseum in Dresden im Rahmen dieses Etats eine Beihilfe gewährt werden solle.

Abg. Rosenbaum (Komm.) beschwerte sich über die Behandlung der Kommunisten durch die bayerische Regierung. Abg. Dr. Hitz (Dem.) bat, für das Hygienemuseum in Dresden wenigstens 500 000 Mark anzusetzen, nachdem man die zuerst eingelegte eine Million gekürzt habe. Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) beantragte Streichung der Mittel für die Technische Beihilfe. Abg. Hünneberg (Dem.) verwies auf die Not der Junglehrer, für die man, wie im Vorjahre, wiederum 6 Millionen einsetzen solle. Abg. Sparrer (Dem.) forderte Bereitstellung von zwei Millionen Mark für die Zeppelin-Gedener-Spende.

Beim Haushalt des Arbeitsministeriums

warf Abg. Vertz (Komm.) dem Arbeitsminister arbeiterfeindliches Verhalten vor.

Abg. Lipinski (Soz.) fragte den Minister nach dem Verbleib des Wohnungsbauprogramms.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

erklärte, das Programm sei im November schon fertig gewesen, aber das geschäftsführende Kabinett hätte die 20 % Mieterhöhung nicht beschließen können, die die Voraussetzung gewesen sei. Das neue Kabinett habe jedoch die Mieterhöhung in zwei Etappen beschlossen. Das Programm sei also überholt gewesen. Eine neue Denkschrift werde dem Wohnungsausschuss in kürzester Frist zugehen. Die Einzelheiten könne man bei der dritten Etatslesung natürlich nicht vortragen.

Die Abstimmungen zu den Etats des Arbeits- und des Justizministeriums wurden zurückgestellt.

Beim Etat des Reichsernährungsministeriums trat die Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.) für Erhöhung der von den Regierungsparteien für die Kinderpeinigung beantragten vier auf fünf Millionen ein. Die Abstimmungen über diesen Etat wurden ebenfalls zurückgestellt und der Etat des Justizministeriums ebenfalls genehmigt. Beim Wehretat schiebt Abg. Creutzburg (Komm.) die Verantwortung für das Reichswehrsystem den Sozialdemokraten zu. Abg. Fried (Nationalsoz.) tritt für Verringerung gewisser Beamter ein. Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt, der Spartakusbund sei an der Entwicklung der Reichswehr schuld.

Darauf wurden die zurückgestellten Abstimmungen nachgeholt. Auf Antrag der Regierungsparteien wurde im Etat des Innern eine Million zur Förderung des Turn- und Sportwesens wieder eingelegt, für die Studentenbeihilfe 300 000 Mark, für die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche 500 000 Mark, für die Junglehrer enthält der Etat 2,5 Millionen. Erhöhungsanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten wurden abgelehnt. Die Regierungsparteien beantragten Streichung des ganzen Titels.